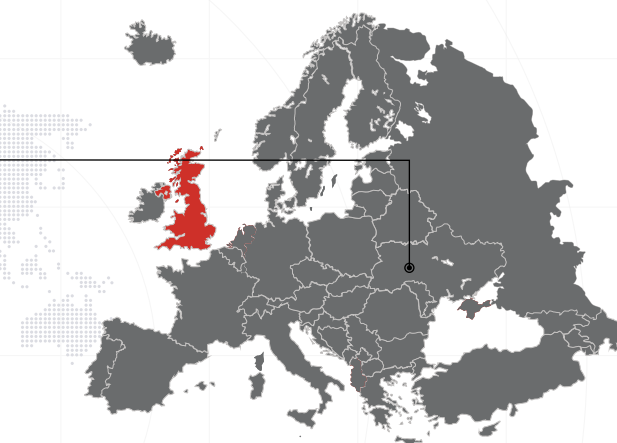
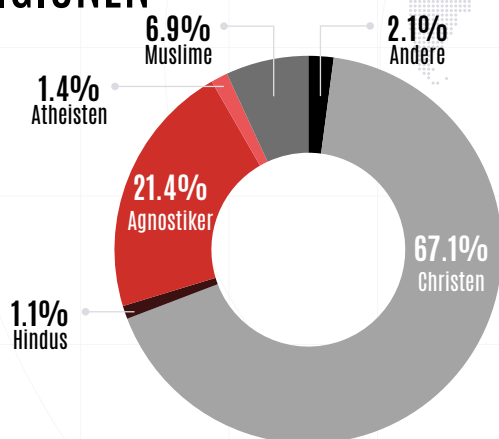


VEREINIGTES KÖNIGREICH

RELIGIONEN



DIE GESETZSLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Das Vereinigte Königreich ist Unterzeichner internationaler Konventionen, die das Land zur Einhaltung der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Religionsfreiheit, verpflichten. So wurde etwa die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die in Artikel 9 das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit festschreibt, durch den Human Rights Act (1988) in britisches Recht umgesetzt, der jedoch erst im Jahr 2000 vollständig in Kraft trat.

Als Staatskirche prägt die anglikanische Church of England seit mehr als 450 Jahren das öffentliche religiöse Leben in Großbritannien. Sie genießt bis heute gewisse Privilegien, zum Beispiel Sitze im Oberhaus des britischen Parlaments für 26 anglikanische Bischöfe. In Schottland hat die presbyterianische Church of Scotland den Status einer Staatskirche.¹ Obwohl sich die Mehrheit der britischen Bevölkerung noch weitgehend mit dem Christentum identifiziert – bei der letzten Erhebung bezeichneten sich 59,3 Prozent als Christen² –, ging die Zahl der regelmäßigen Gottesdienstbesucher gegen Ende des 20. Jahrhunderts massiv zurück.³ Zuwanderung und die de-

mografische Entwicklung haben zur Verbreitung anderer Glaubensrichtungen, vor allem des Islams, beigetragen.

Mit Ausnahme von schottischen Schulen, an denen sechsmal pro Jahr „der Glaube praktiziert“ werden muss, sind alle staatlichen Schulen gesetzlich verpflichtet, täglich eine Versammlung abzuhalten. In England müssen diese Schulversammlungen in den meisten Fällen einen „weitgehend christlichen Charakter“ haben, wobei die Versammlung nicht jeden Tag christlich geprägt sein muss und auch andere religiöse Traditionen aufgegriffen werden können.⁴ Eltern haben das Recht, ihre Kinder von diesen Aktivitäten freizustellen. In England und Wales können sich Schüler im Alter von 16 bis 18 Jahren selbst von den Versammlungen abmelden. Trotz dieser Wahlmöglichkeiten ist das Thema Schulversammlungen immer wieder ein Konfliktpunkt. Im November 2019 unterstützte die humanistische Vereinigung Humanists UK das Elternpaar Lee und Lizianne Harris bei einem Rechtsstreit gegen die Burford Primary School in Oxfordshire vor dem High Court (erstinstanzliches Zentralzivilgericht). Sie machten geltend, dass die Teilnahme ihrer Kinder an Schulversammlungen einer Indoktrination gleichkomme, weil sie bei den Versammlungen christlichen Gebeten, dramatisierenden Bibelgeschichten und Ansprachen von Geistlichen ausgesetzt seien. Sie argumentierten, dass all diese

Aktivitäten in Verbindung mit dem Versäumnis der Schule, alternative Aktivitäten mit gleichwertigem pädagogischen Nutzen anzubieten, einen Verstoß gegen das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit darstellten. Noch vor der Verhandlung haben Herr und Frau Harris von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ihre Kinder von den Versammlungen freizustellen. Daraufhin erklärte sich die Leitung der Burford Primary School bereit, für die nicht teilnehmenden Schüler alternative Versammlungen anzubieten.⁵

Darüber hinaus sind staatliche Schulen verpflichtet, Religionsunterricht anzubieten, der sowohl den christlichen Glauben als auch andere Weltreligionen einbezieht. Auch hier können Eltern ihre Kinder von der Teilnahme freistellen. In England und Wales können sich Schüler ab einem Alter von 14 Jahren derzeit selbst vom Religionsunterricht abmelden.⁶ Die walisische Regierung plant jedoch im Rahmen der Einführung neuer Lehrpläne, dieses Freistellungsrecht von Eltern und älteren Schülern aufzuheben.⁷ In den neuen Lehrplänen soll der Religionsunterricht durch das Fach „Religion, Werte und Ethik“ ersetzt werden, das „sowohl religiöse als auch nicht religiöse Überzeugungen einbezieht“.⁸ In einer Folgenabschätzung vom Januar 2020 hieß es: „Eine Entscheidung gegen das Recht auf Abmeldung von diesem neuen Unterrichtsfach wird sich auf einige Glaubensgemeinschaften negativ auswirken.“⁹

VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Von staatlicher Seite wird die Religionsfreiheit im Vereinigten Königreich nicht nennenswert eingeschränkt. Die religiös motivierten Übergriffe innerhalb der Gesellschaft gingen laut einer aktuellen Studie des Pew Forum gegenüber der letzten Analyse zwar geringfügig zurück, bewegen sich aber nach wie vor auf einem hohen Niveau. Damit gehört das Vereinigte Königreich zu den fünf demokratischen Staaten, die ein besonders hohes Ausmaß an Gewalt gegen Glaubensgemeinschaften und deren Anhänger verzeichnen.¹⁰ Nach Angaben des Innenministeriums wurden zwischen März 2019 und März 2020 in England und Wales 56 Prozent der Hassverbrechen als rassistisch oder religiös motiviert eingestuft. Damit stieg die Zahl dieser Straftaten gegenüber demselben Vorjahreszeitraum um 4.280 auf 58.850. Das Innenministerium veröffentlichte außerdem bereits vorläufige Daten zu rassistisch oder religiös motivierten Straftaten, die bis Juli 2020 während der Covid-19-Beschränkungen verübt wurden. Während des ersten Lockdowns, der von März bis Mai 2020 dauerte,

wurden weniger Straftaten dieser Art als im gleichen Vorjahreszeitraum gezählt. In den Monaten Januar bis Februar und Juni bis Juli hingegen wurde ein Anstieg der Zahlen gegenüber den gleichen Vorjahreszeiträumen verzeichnet.¹¹ 2019 wurden in Schottland 660 religiös motivierte Straftaten registriert, 24 Prozent mehr als im Jahr 2018.¹² Politisch-konfessionell motivierte Vorfälle sind sowohl in Schottland als auch in Nordirland nach wie vor ein Problem. Die nordirische Polizei verzeichnete in den zwölf Monaten bis März 2020 insgesamt 888 politisch-konfessionell motivierte Vorfälle und 46 weitere religiös motivierte Vorfälle, die nichts mit den politisch-konfessionellen Konflikten zu tun hatten.¹³

Die britische Regierung hat im Berichtszeitraum zahlreiche Maßnahmen getroffen, um die Religions- und Glaubensfreiheit zu gewährleisten. Im September 2019 wurde der Parlamentsabgeordnete Rehman Chishti zum Sondergesandten des Premierministers für Religions- und Glaubensfreiheit ernannt.¹⁴ Er trat die Nachfolge von Lord Ahmad of Wimbledon an, der als erster in dieses Amt berufen worden war. Der Sondergesandte hat unter anderem die Aufgabe, die Umsetzung der Empfehlungen aus dem unabhängigen Bericht des Bischofs von Truro zu überwachen, der untersucht hat, inwieweit das britische Außenministerium verfolgte Christen unterstützt (siehe Abschnitt C). Des Weiteren ernannte die britische Regierung im Juli 2019 Lord John Mann zu ihrem unabhängigen Antisemitismus-Berater.

Ein Gesetzesentwurf der schottischen Regierung über Hasskriminalität und die öffentliche Ordnung stieß auf Bedenken religiöser und säkularer Organisationen, die befürchten, dass ein derartiges Gesetz zahlreiche Freiheiten, darunter auch Aspekte der Religionsfreiheit, einschränken würde. Nach Meinung der Kritiker könnten die traditionellen Vorstellungen von Ehe, geschlechtlicher Identität und Sexualmoral unter die in dem Entwurf definierten Kategorien von „Missbrauch“ und „Hass“ fallen. Sie wiesen darauf hin, dass literarische Werke und Schriften, wie unter anderem die Bibel, aufgrund einschlägiger Inhalte beschlagnahmt und vernichtet werden könnten.¹⁵

Jüdische Gemeinschaft

Der Community Security Trust (CST), eine gemeinnützige Organisation, die Einrichtungen, Schulen und Synagogen der jüdischen Gemeinschaft in Großbritannien in Sicherheitsfragen berät und Sicherheitstrainings anbietet, ver-

zeichnete 2019 landesweit eine erneute Rekordzahl von 1.813 antisemitischen Vorfällen.¹⁶ Im Vorjahr waren 1.690 Fälle gezählt worden. Das entspricht einem Anstieg von sieben Prozent. Im Jahr 2018 war die Zahl der Vorfälle erstmals auf mehr als 100 pro Monat gestiegen. Dieser Trend setzte sich 2019 fort.¹⁷ Bereits in den ersten sechs Monaten des Jahres 2020 verzeichnete der CST 789 antisemitische Vorfälle, wobei nur im April des Jahres weniger als 100, nämlich 98 Fälle, gezählt wurden.¹⁸

Zu einem Fall körperlicher Gewalt kam es im Mai 2020, als ein Mann und seine Mutter während eines Spaziergangs in einem Londoner Park von einem Läufer zunächst zweimal beschimpft wurde, als dieser auf jeder seiner Runden an ihnen vorbeilief. Als der Läufer die Spaziergänger auf seiner dritten Runde überholte, fragte der Mann ihn nach dem Grund für die Beschimpfung. Der Läufer setzte seine Beleidigungen fort und schlug den Mann zu Boden. Dann trat er den am Boden liegenden Mann, beschimpfte ihn mit judenfeindlichen Parolen und lief davon. Der Täter wurde später durch polizeiliche Ermittlungen identifiziert.¹⁹

Vermutlich aufgrund des Covid-19-Lockdowns ging die Zahl der Fälle von körperlichen Bedrohungen, Angriffen und übergriffigem Verhalten im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück, aber gleichzeitig stieg die Anzahl der Zwischenfälle im Internet.²⁰ So wurden unter anderem zehn Online-Veranstaltungen wie Gebete und Lehrveranstaltungen durch antijüdische Inhalte gestört. Unter anderem wurden mittels der Chat-Funktion einschlägige Hassparolen und Bilder gepostet.²¹ Zum 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz im Januar 2020 wurden besonders häufig antisemitische Parolen mit Bezügen auf Hitler, Nazis usw. gepostet. Die Hetzkampagnen erreichten am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag in Großbritannien, ihren Höhepunkt.²²

Unter dem Vorsitz von Jeremy Corbyn, dessen Amtszeit von 2015 bis 2020 dauerte, sah sich die Labour-Partei immer wieder Antisemitismusvorwürfen ausgesetzt. Bei einer Umfrage im März 2019 äußerten 87 Prozent der jüdischen Erwachsenen die Meinung, dass Jeremy Corbyn antisemitisch eingestellt sei. Vor der Parlamentswahl im Dezember 2019 schrieb der Oberrabbiner Ephraim Mirvis in der Tageszeitung „The Times“, dass die jüdische Gemeinschaft einem möglichen Sieg der Labour-Partei mit Sorge entgegenblicke, weil es Corbyn nicht gelungen sei, die Antisemitismus-Vorwürfe auszuräumen. Darauf antwortete der Erzbischof von Canterbury Justin Welby auf Twitter: „Die Tatsache, dass sich der Oberrabbiner genö-

tigt sieht, in dieser Zeit eine solche beispiellose Erklärung abzugeben, führt uns deutlich vor Augen, wie tiefgreifend das Gefühl der Unsicherheit und Angst vieler britischer Juden ist.“²³

Nachdem formelle Beschwerden eingegangen waren, leitete die Equality and Human Rights Commission – EHRC (staatliche Kommission für Gleichstellung und Menschenrechte) am 28. Mai 2019 Maßnahmen zur Untersuchung der gegen die Labour-Partei gerichteten Antisemitismus-Vorwürfe ein. In ihrem Bericht vom Oktober 2020 kam die Kommission zu dem Schluss, dass es schwerwiegende Fehler in der Parteiführung und einen unzureichenden Umgang mit Antisemitismus-Beschwerden in der gesamten Labour-Partei gegeben habe. Die Labour-Partei sei für rechtswidrige Fälle von Anfeindungen und Diskriminierung verantwortlich. Unter anderem habe es die Partei versäumt, Beschwerden gegen Hassparolen in den sozialen Medien nachzugehen.²⁴ In 23 von 70 untersuchten Fällen wurde zudem ein unzulässiges politisches Eingreifen in das Beschwerdeverfahren festgestellt.²⁵ In dem Bericht werden auch Beispiele dafür genannt, dass Parteimitglieder die Echtheit der Antisemitismusvorwürfe bezweifelten. Die Menschenrechtskommission empfahl, ein von unabhängiger Stelle geleitetes Beschwerdeverfahren einzurichten und klare Leitlinien aufzustellen, die ein politisches Eingreifen in ein solches Verfahren künftig verhindern. Die Kommission erteilte der Labour-Partei einen Verweis und forderte sie auf, bis zum 10. Dezember 2020 einen Maßnahmenplan vorzulegen.²⁶ Jeremy Corbyn, der im April 2020 als Parteivorsitzender zurückgetreten war, wurde von seiner Partei suspendiert, nachdem er die Antisemitismus-Vorwürfe als übertrieben bezeichnet hatte. Ende November wurde die Suspendierung wieder aufgehoben, nachdem er öffentlich sein Bedauern darüber erklärt hatte, dass seine Bemerkungen Leid verursacht haben. Ob er auch seinen Sitz als Labour-Abgeordneter zurück erhält, war bis Redaktionsschluss (Anfang Dezember 2020) noch offen.²⁷

Bereits in der Ausgabe 2018 des Berichts Religionsfreiheit weltweit wurde darauf hingewiesen, dass zahlreiche jüdische Schulen, die in den Vorjahren als „hervorragend“ bewertet worden waren, auf „ungenügend“ herabgestuft wurden.²⁸ Schulen in der Trägerschaft von Glaubensgemeinschaften, deren religiöse Überzeugungen mit den geltenden gesellschaftlichen Normen in Bezug auf geschlechtliche Identität und Sexualität nicht im Einklang stehen, wurden durch das Office for Standards in Educa-

tion, Children's Services and Skills – OFSTED (Schulaufsichtsbehörde) herabgestuft.²⁹ Die Schulaufsichtsbehörde begründete diesen Schritt damit, dass in den betreffenden Schulen LGBT+-Themen nicht tiefgreifend genug im Unterricht behandelt würden. Die Schüler würden nicht ausreichend über die Bedeutung der Gleichbehandlung von LGBT+-Menschen aufgeklärt. An einer der heruntergestuften Schulen werde den Schülern immerhin vermittelt, dass es ihr jüdischer Glaube verlange, alle Menschen zu respektieren und zu würdigen.³⁰ Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde sprachen sich gegen die getroffenen Maßnahmen aus. Der Abgeordnete David Lammy, der für Tottenham im Parlament sitzt, erklärte: „Viele betrachten die Maßnahmen als einen eskalierenden Angriff auf die jüdische Schulbildung.“³¹ Die King David High School in Crumpsall, einem Vorort von Manchester, wurde im Rahmen der Schulinspektion 2019 von „hervorragend“ auf „ungenügend“ zurückgestuft, weil der nach Jungen und Mädchen getrennte Unterricht einer „Diskriminierung“ gleichkomme.³² Nach einer gerichtlichen Überprüfung der Entscheidung, die die Schule beantragt hatte, musste die Schulaufsichtsbehörde die Bewertung zurücknehmen und für sämtliche Verfahrenskosten aufkommen.³³

Muslimische Gemeinschaften

In der Woche nach dem Anschlag auf zwei Moscheen in Christchurch (Neuseeland) im März 2019 kam es im Vereinigten Königreich zu einer Welle islamfeindlicher Aktivitäten. Die Zahl der Vorfälle stieg um 593 Prozent.³⁴ In Birmingham wurden die Fenster von fünf Moscheen mit einem Vorschlaghammer zerstört.³⁵ Nach der Gewalttat in Neuseeland stockte die britische Regierung die Ausgaben für die Maßnahmen zum Schutz von Gebetsstätten und Gotteshäusern massiv auf: 1,6 Millionen Pfund wurden für den Zeitraum von 2019 bis 2020 bereitgestellt. 27 Moscheen, 13 Kirchen, fünf Sikh-Gurdwaras und vier Hindutempel, die als besonders gefährdet galten, erhielten Finanzmittel für die Errichtung von Überwachungsanlagen, Zäunen, gesicherten Eingängen, Alarmanlagen und Beleuchtungsanlagen.³⁶ Für den Zeitraum von 2020 bis 2021 werden 3,2 Millionen Pfund bereitgestellt.³⁷ Angehörige der muslimischen Gemeinde in Nordirland kritisierten jedoch, dass bei ihnen keine Unterstützung ankäme, weil das Hilfsprogramm nur für England und Wales gelte.³⁸ Zusätzlich wurden für den Zeitraum von 2019 bis 2020 nochmals 5 Millionen Pfund für die Durchführung von Sicherheitstrainings bereitgestellt, die auf den Schutz

von Sakralbauten und Gebetsstätten in England und Wales ausgerichtet sind.

Am 4. Dezember 2019 wurden in Sheffield zwei Mädchen tödlich angegriffen, weil sie den Hidschab trugen. Die 14-jährige Redena Al-Hadi fuhr mit ihrer 13-jährigen Schwester Wida im Bus von der Schule nach Hause, als sie plötzlich von einem Mann beschimpft wurden. Ein Junge, der die Mädchen verteidigen wollte, wurde von einer Frau gestoßen und geschlagen. Als die Mädchen aus dem Bus aussteigen wollten, gab die Frau Redena zu verstehen, dass ihr Hidschab sie anwidere. Die Frau zerrte die Schülerin dann aus dem Bus, würgte sie mit dem Hidschab und versetzte ihr einen Faustschlag ins Auge. Redena schlug mit dem Kopf auf dem Boden auf und war kurzzeitig bewusstlos. Die Frau wurde wegen schwerer Körperverletzung von der Polizei festgenommen, kam aber mit einer Verwarnung wieder frei, weil sie nicht vorbestraft war.³⁹ Ende Juli 2020 wurden im Osten Londons eine Muslimin und ihre kleine Tochter von einer Frau an einem Fußgängerüberweg angerempelt, die zwei Hunde an der Leine führte. Die Tochter fiel auf die Straße, als sie versuchte, von den Hunden Abstand zu halten. Mutter und Tochter wurden von der Hundehalterin übel beschimpft.⁴⁰ Am 17. August wurde eine Muslimin, die den Niqab trug, von einem Mann mittleren Alters bespuckt, als sie in Tooting, im Süden Londons, eine Apotheke verließ.⁴¹

Im Mai 2019 wies die Regierung eine ausführliche Definition des Begriffs Islamophobie zurück, die von der parteiübergreifenden parlamentarischen Gruppe für britische Muslime erarbeitet worden war. Die Definition war offenbar zu vage formuliert. Stattdessen wurde der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe gegen antimuslimischen Hass der britischen Regierung, Imam Qari Asim MBE, beauftragt, eine neue Definition des Begriffes Islamophobie erarbeiten zu lassen. Imam Asim erklärte: „Es ist für mich von großer Bedeutung, mit den verschiedenen muslimischen Gemeinschaften und relevanten Beteiligten zusammenzuarbeiten, um eine juristisch einwandfreie, umfassende und zweckdienliche Definition des Begriffs Islamophobie zu formulieren.“⁴²

2019 hat die Konservative Partei 43 ihrer Mitglieder, darunter auch Stadtratsmitglieder, wegen islamophober Äußerungen suspendiert.⁴³ Im Dezember 2019 wurde Professor Swaran Singh, ein ehemaliges Mitglied der staatlichen Kommission für Gleichstellung und Menschenrechte (EHRC), von Premierminister Boris Johnson beauftragt, zu untersuchen, wie seine Partei mit Beschwerden

umgeht. Der Muslim Council of Britain (Rat der Muslime in Großbritannien) äußerte sich jedoch enttäuscht darüber, dass allgemeine Fälle von „Diskriminierung“ in die Untersuchung mit einbezogen werden sollten. Der Generalsekretär des Rates, Harun Khan, erklärte: „Uns wurde konkret eine unabhängige Untersuchung islamophober Tendenzen versprochen.“ Der Rat fordert seit 2018 eine unabhängige Untersuchung der mutmaßlichen Fälle von Islamophobie in der Partei. Er hatte auch die Menschenrechtskommission zu einer Untersuchung aufgefordert. Im März 2020 suspendierte die Konservative Partei 23 weitere Mitglieder.⁴⁴ In einer im November 2020 durchgeführten Umfrage kam das Labour Muslim Network (Netzwerk der muslimischen Labour-Mitglieder) zu dem Ergebnis, dass mehr als die Hälfte der muslimischen Mitglieder der Partei, der „Führung der Labour-Partei nicht zutrauen, dass sie wirksam gegen die Islamophobie innerhalb der Partei vorgehen kann“.⁴⁵

Christliche Kirchen

Im Berichtszeitraum kam es im gesamten Vereinigten Königreich zu Angriffen auf Kirchen. In der letzten Aprilwoche 2019 wurde die katholische Kirche St. Simon's im Glasgower Stadtteil Partick und die katholische Kirche Holy Family in der schottischen Kleinstadt Mossend von Randalierern heimgesucht. In der St.-Simon's-Kirche in Glasgow wurde der Schrein der Schwarzen Madonna von Tschenschow geschändet und eine Herz-Jesu-Statue zertrümmert.⁴⁶ Im Juni 2019 wurde die 175 Jahre alte St.-John's-Kirche in Stratford innerhalb von 24 Stunden dreimal attackiert. Zur gleichen Zeit wurden im Osten Londons, in der St.-Matthew's-Kirche im West Ham und in der Baptistenkirche in der Cann Hall Road in Leytonstone, die Ziffern „666“ und Pentagramme in Holzeinbauten eingritzelt. Im Falle der Baptistenkirche und der St.-John's-Kirche kam es außerdem zu versuchter Brandstiftung.⁴⁷ Bei okkultistisch motivierten Angriffen zwischen dem 16. und dem 20. November 2019 wurde die Kirche in Bramshaw in der südenglischen Grafschaft Hampshire mit den Ziffern „666“ sowie mit einem Petruskreuz beschmiert. Dort wurde auch Vieh getötet und mit Symbolen wie Sternen und Pentagrammen besprüht.⁴⁸ Im nordwalisischen Seebad Rhyl wurde der Gemeindepfarrer Charles Ramsay im Juni 2020 verletzt, als er in der St.-Mary's-Kirche auf Randalierer traf.⁴⁹ Aus dem gesamten Vereinigten Königreich wurde über vereinzelte Angriffe auf katholische Priester berichtet.⁵⁰ Doch die schwerwiegendsten Probleme gab

es in Nordirland. Laut einer Studie der Hilfsorganisation CARE kam es im Zeitraum zwischen 2014/15 und 2019/20 zu insgesamt 601 Angriffen auf Gebetsstätten und Gotteshäuser, wobei überwiegend Kirchen betroffen waren. Auch auf Kirchhöfen und Friedhöfen kam es zu Schäden und Verwüstungen.⁵¹

Einige Christen stoßen offenbar immer noch auf Schwierigkeiten, wenn ihre religiösen Überzeugungen mit den geltenden gesellschaftlichen Normen in Konflikt stehen. Hier wäre zum Beispiel der Fall von Kirstie Higgs zu nennen, die in einer Schulverwaltung tätig war. Sie wurde 2020 entlassen, nachdem sie sich auf ihrer privaten Facebook-Seite dagegen ausgesprochen hatte, dass im Schulunterricht heterosexuelle und homosexuelle Aktivitäten gleichgesetzt werden.⁵² Wegen „abweichender Wertvorstellungen“ entzogen die Liberaldemokraten vor den Parlamentswahlen ihrem Kandidaten Robert Ffello die Unterstützung, nachdem er erst 48 Stunden zuvor seine Kandidatur für den Wahlkreis Stoke-on-Trent South bekanntgegeben hatte. Medienberichten zufolge wurde der katholische Kandidat wegen seines Abstimmungsverhaltens in früheren Legislaturperioden abberufen, als er von 2005 bis 2017 für denselben Wahlkreis als Labour-Abgeordneter im Parlament gesessen hatte. Damals hatte er sich für das gesetzliche Verbot von geschlechtsselektiven Abtreibungen, gegen eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts, gegen die Einführung des Rechts auf ärztlich assistierten Suizid und gegen das Recht gleichgeschlechtlicher Paare auf gesetzliche Eheschließung ausgesprochen.⁵³

Am 28. Dezember 2018 kündigte der damalige Außenminister Jeremy Hunt einen unabhängigen Bericht über die Reaktionen seines Hauses auf die Verfolgung von Christen in aller Welt an. Der anglikanische Bischof von Truro, Philip Mounstephen, übernahm die Leitung der Untersuchung. Der Schlussbericht wurde am 8. Juli 2019 veröffentlicht. Die Untersuchung kam zu dem Schluss, dass „es [im Außenministerium] offenbar an einem hinreichenden Bewusstsein für die Herausforderungen fehlt, denen sich die christliche Gemeinschaft gegenüber sieht. Das offenbart einen Mangel an religiöser Bildung, der zweifellos die Ausübung der Rechte auf Religions- und Glaubensfreiheit beeinträchtigt“. Der Bericht enthält zudem Empfehlungen, wie die aufgedeckten Probleme angegangen werden könnten.⁵⁴ Bei der Ministerkonferenz zur Förderung der Religionsfreiheit 2019 in Washington DC erklärte der britische Sondergesandte Lord Ahmad, dass seine Regierung

alle in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen umsetzen wolle.⁵⁵

Mangelnde religiöse Bildung innerhalb der staatlichen Behörden wurde anhand zahlreicher Vorfälle belegt. Unter anderem ging es um die Ablehnung des Asylantrags eines zum Christentum konvertierten Iraners im März 2019. Dieser hatte angegeben, sich dem Christentum zugewandt zu haben, weil es eine friedfertige Religion sei. Ein Mitarbeiter des Innenministeriums ließ diese Begründung nicht gelten. In seinem Ablehnungsbescheid zitierte er zahlreiche Gewaltdarstellungen aus Bibeltexten und schrieb: „Diese Beispiele sprechen gegen Ihre Behauptung, dass Sie zum Christentum konvertiert seien, nachdem Sie erkannt haben wollen, dass es im Gegensatz zum mit Gewalt, Zorn und Rachsucht in Verbindung stehenden Islam, eine ‚friedfertige‘ Religion sei.“ Wegen Verfahrensmängeln hat das Innenministerium den Asylantrag später erneut geprüft.⁵⁶

Sonstige Glaubensgemeinschaften

Auch Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften und deren Gebetsstätten waren das Ziel von Angriffen. Die folgenden Fälle seien als Beispiele genannt:

- Am 19. Juni 2019 zerstörte ein verummter Mann auf dem Außengelände des Gujarati Hindu Social and Cultural Centre in Walsall mehrere Statuen von Hindu-Gottheiten. Der Anschlag wurde von der Videoüberwachungsanlage aufgezeichnet.⁵⁷
- Der Taxifahrer Vaneet Singh, ein Anhänger der Sikh-Religion, wurde im September 2020 von vier Fahrgästen geschlagen, die er vom Grosvenor Casino in Reading abgeholt hatte. Sie traten gegen die Rückenlehne des Fahrersitzes. Ein Fahrgast versuchte, ihm den Turban abzunehmen und fragte ihn, ob er ein Taliban sei.⁵⁸

Darüber hinaus wurden Fälle bekannt, in denen von staatlicher Seite keine hinreichenden Möglichkeiten für die Glaubensausübung geschaffen wurden. Neoheidnische Insassen des Gefängnisses in Hull durften aus Sicherheitsgründen keine Kerzen und kein Räucherwerk für kleine Altäre in ihren Zellen kaufen. Dieses Verbot widersprach den amtlichen Anweisungen für die Gefängnis-seelsorge, die vorsehen, dass „Insassen buddhistischen, hinduistischen, christlich-orthodoxen und heidnischen Glaubens sowie Sikh und Anhänger chinesischer Religionen wie Taoisten Anspruch auf Räucherwerk haben“. Die

Gefängnisleitung darf den Gebrauch von Räucherwerk in den Zellen einzelner Insassen verbieten, wenn sie Gefahren für Gesundheit, Sicherheit, Ordnung oder Disziplin sieht. Im Gefängnis in Hull sitzen rund 30 Häftlinge ein, die verschiedenen heidnischen Traditionen angehören.⁵⁹

PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Die zahlreichen Anfeindungen gegen Anhänger verschiedener Glaubensrichtungen innerhalb der Gesellschaft sind nach wie vor äußerst besorgniserregend. Die Datenlage – etwa der Anstieg der antisemitischen Vorfälle von 123 auf 1.813 im Zeitraum von 2018 bis 2019 – verdeutlicht, wie schwerwiegend die Probleme sind. Die Aufstockung der staatlichen Mittel für den Schutz von religiösen Einrichtungen und das zunehmende Problembewusstsein der britischen Regierung kommen gerade zur rechten Zeit. Auch wenn die Angriffe und Gewalttaten 2020 aufgrund der Covid-19-Pandemie möglicherweise zurückgingen, gibt es keine Anzeichen für eine längerfristige Verbesserung der Lage. Eher steht zu befürchten, dass die Zahlen weiter steigen werden.

Auch die Diskrepanzen zwischen religiösen Überzeugungen in Teilen der Gesellschaft und den progressiven gesellschaftlichen Normen im Zusammenhang mit geschlechtlicher Identität und Sexualität bleiben bestehen. Wie schon in der Ausgabe 2018 des Berichts Religionsfreiheit weltweit angemerkt wurde, werden Personen und Einrichtungen bestraft, weil sie traditionelle religiöse Moralvorstellungen vertreten, auch wenn sie auf Objektivität bedacht sind und nicht die Absicht haben, Anstoß zu erregen. Während sich die Ansichten über geschlechtliche Identität und Sexualität immer weiter von den traditionellen Modellen entfernen, scheint alles darauf hinzudeuten, dass diejenigen, die dazu Stellung beziehen, zunehmend zensiert oder mit Strafmaßnahmen belegt werden (wie die jüdischen Schulen, die von der Schulaufsichtsbehörde herabgestuft wurden).

ENDNOTEN / QUELLEN

- 1 Alice Brown, „Scotland“, Encyclopaedia Britannica (Stand: 13. November 2020) <<https://www.britannica.com/place/Scotland/People>> (abgerufen am 11. Dezember 2020).
- 2 National Office of Statistics, Religion in England and Wales 2011 <<https://www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/culturalidentity/religion/articles/religioninenglandandwales2011/2012-12-11>>. Aktuelle Studien lassen darauf schließen, dass die Anzahl der Personen ohne Religionszugehörigkeit steigt, wobei die Daten aber auf sehr kleinen Stichproben beruhen. So gaben 2017 in einer Studie 53 Prozent von 2.942 Befragten an, keiner Religion anzugehören. May Bulman, „Record number of British people say they have no religion“, Independent, 4. September 2017, <<http://www.independent.co.uk/news/uk/home-news/british-people-atheist-no-religion-uk-christianity-islam-sikism-judaism-jewish-muslims-a7928896.html>> (beide Quellen abgerufen am 13. Februar 2018).
- 3 Alasdair Crockett und David Voas, „Generations of Decline: Religious Change in 20th-Century Britain“ in Journal for the Scientific Study of Religion, 45 (2006), S. 567-584; „Church of England attendances ‘stabilising‘“, BBC News (online), 7. Mai 2013 <<http://www.bbc.co.uk/news/uk-22426144>> (abgerufen am 25. November 2020).
- 4 Department for Education, Circular 1/94, Religious Education and Collective Worship, S. 21 <https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/281929/Collective_worship_in_schools.pdf> (abgerufen am 11. Dezember 2020).
- 5 „High Court grants parents permission to challenge school worship law“, Humanists UK, 29. Juli 2019, <<https://humanism.org.uk/2019/07/29/high-court-grants-parents-permission-to-challenge-school-worship-law/>>; „School concedes in collective worship legal case – will provide alternative assemblies“, Humanists UK, 20. November 2019 <<https://humanism.org.uk/2019/11/20/school-concedes-in-collective-worship-legal-case-will-provide-alternative-assemblies/>> (abgerufen am 27. November 2020); „Burford school agrees to provide alternative to Christian assembly“, BBC News (online), 20. November 2019, <<https://www.bbc.co.uk/news/uk-england-oxfordshire-50486824>> (abgerufen am 24. November 2020); US-Außenministerium, „United Kingdom“, Report on International Religious Freedom <<https://www.state.gov/reports/2019-report-on-international-religious-freedom/united-kingdom/>> (abgerufen am 17. November 2020).
- 6 US-Außenministerium, „United Kingdom“, Report on International Religious Freedom, op cit.
- 7 Im Rahmen eines Konsultationsverfahrens in Wales sprachen sich 63,7 Prozent der Befragten im Zeitraum Januar bis März 2019 gegen eine Änderung des Religionsunterrichts aus [siehe Welsh Government, Our National Mission: A Transformational Curriculum Proposals for a new legislative framework, S. 35 <https://gov.wales/sites/default/files/consultations/2019-07/summary-of-responses-our-national-mission-a-transformational-curriculum_1.pdf>; Welsh Government, Consultation on proposals to ensure access to the full curriculum for all learners <https://gov.wales/sites/default/files/consultations/2019-10/consultation-document-ensuring-access-to-the-full-curriculum_0.pdf> (beide Quellen abgerufen am 18. November 2020)].
- 8 Lorenc O’Pry und Sarah Usher, Curriculum for Wales: Religion, Values and Ethics Consultation Analysis, S. 1 <<https://gov.wales/sites/default/files/consultations/2020-10/consultation-analysis-report-rve.pdf>> (abgerufen am 18. November 2020).
- 9 Welsh Government, Curriculum for Wales – Ensuring access to the Full Curriculum, S. 31. <<https://gov.wales/sites/default/files/consultations/2020-01/impact-assessment-ensuring-access-to-the-full-curriculum.pdf>> (abgerufen am 18. November 2020).
- 10 In 2018 Government Restrictions on Religion Reach highest level Globally for more than a Decade, Pew Research Centre, 2020, S. 17.
- 11 UK Home Office, „Hate crime, England and Wales, 2019 to 2020“, <<https://www.gov.uk/government/publications/hate-crime-england-and-wales-2019-to-2020/hate-crime-england-and-wales-2019-to-2020>> (abgerufen am 17. November 2020).
- 12 Crown Office and Procurator Fiscal Service, Hate Crime in Scotland 2019-2020, S. 2.
- 13 Police Service of Northern Ireland, Trends in Hate Motivated Incidents and Crimes Recorded by the Police in Northern Ireland 2004/05 to 2019/20: Annual Bulletin (veröffentlicht am 20. November 2020), S. 6 <<https://www.psnri.police.uk/globalassets/inside-the-psni/our-statistics/hate-motivation-statistics/2019-20/hate-motivated-incidents-and-crimes-in-northern-ireland-2004-05-to-2019-20.pdf>> (abgerufen am 25. November 2020).
- 14 „UK appoints new Prime Minister’s Envoy for Freedom of Religion and Belief“, Gov.UK, 12. September 2019, <<https://www.gov.uk/government/news/uk-appoints-new-pm-envoy-for-freedom-of-religion-belief>> (abgerufen am 25. November 2020).
- 15 Mark McLaughlin, „Bibles and newspapers ‘would be banned under new hate crime law‘“, The Times, 8. November 2020, <<https://www.thetimes.co.uk/article/bibles-and-newspapers-would-be-banned-under-new-hate-crime-law-m0wntj3jn>>; „CI warns of religious liberty threat from Scots hate crime Bill“, Christian Institute, 12. November 2020 <<https://www.christian.org.uk/news/ci-warns-of-religious-liberty-threat-from-scots-hate-crime-bill/>> (beide abgerufen am 25. November 2020).
- 16 CST, Antisemitic Incidents January-June 2020, S. 6 <<https://cst.org.uk/public/data/file/c/5/Incidents%20Report%20Jan-Jun%202020.pdf>> (abgerufen am 19. November 2020).
- 17 CST Annual Review 2019, S. 14 <<https://cst.org.uk/data/file/a/c/Annual%20Review%202019-web.1583750042.pdf>> (abgerufen am 19. November 2020).
- 18 CST, Antisemitic Incidents January-June 2020, S. 2.
- 19 Ibid., S. 12.
- 20 Ibid., S. 4-6.
- 21 Ibid., S. 9.
- 22 Ibid., S. 20.
- 23 US-Außenministerium, „United Kingdom“, Report on International Religious Freedom, op. cit.
- 24 Equality and Human Rights Commission, Investigation into antisemitism in the Labour Party, S. 5-7, <<https://www.equalityhumanrights.com/sites/default/files/investigation-into-antisemitism-in-the-labour-party.pdf>> (abgerufen am 19. November 2020).
- 25 Ibid., S. 9.
- 26 Jennifer Scott, „What does the Labour anti-Semitism report say?“, BBC News (online), 29. Oktober 2020, <<https://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-54731222>> (abgerufen am 19. November 2020).
- 27 „Jeremy Corbyn: Labour readmits ex-leader after anti-Semitism row“, BBC News (online), 18. November 2020, <<https://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-54976558>> (abgerufen am 19. November 2020).
- 28 Simon Rucker, „Hendon girls’ school receives lowest Ofsted rating“, Jewish Chronicle, 27. Februar 2017, <<https://www.thejc.com/education/education-news/hendon-girls-school-receives-lowest-ofsted-rating-1.433474>> (abgerufen am 11. Dezember 2020).
- 29 Simon Rucker, „Jewish independent schools fare worst in Ofsted report“, Jewish Chronicle, 8. Dezember 2017, <<https://www.thejc.com/education/education-news/jewish-independent-schools-fare-worst-in-ofsted-report-1.449894>> (abgerufen am 11. Dezember 2020).
- 30 OFSTED inspection, Beth Jacob Grammar School for Girls, 2. November 2016 <<https://reports.ofsted.gov.uk/inspection-reports/find-inspection-report/provider/ELS/101388>> (abgerufen am 18. April 2017).
- 31 Chaya Spitz, „It is time to stop this assault on our Jewish schools“, Jewish Chronicle, 28. Dezember 2017, <<https://www.thejc.com/com->

ment/comment/it-is-time-to-stop-this-assault-on-our-jewish-schools-1.451005> (abgerufen am 11. Dezember 2020).

32 Eleanor Busby, „Outstanding Jewish school downgraded over religious and gender segregation concerns“, Independent, 15. Juni 2019, <<https://www.independent.co.uk/news/education/education-news/ofsted-jewish-school-manchester-outstanding-king-david-high-school-faith-gender-segregation-a8959946.html>> (abgerufen am 20. November 2020).

33 Neal Keeling, „King David High School's 'inadequate' grading by Ofsted quashed in 'very unusual' move following threat of legal action“, Manchester Evening News, 4. Oktober 2019, <<https://www.manchestereveningnews.co.uk/news/greater-manchester-news/king-david-high-schools-inadequate-17031466>> (abgerufen am 20. November 2020).

34 Lizzie Dearden, „Islamophobic incidents rocket by 600% in UK during week after New Zealand terror attack“, Independent, 23. März 2020, <<https://www.independent.co.uk/news/uk/crime/new-zealand-shooting-attack-muslim-hate-crime-rise-uk-a8836511.html>> (abgerufen am 20. November 2020).

35 Tom Barnes, „Birmingham mosque attack: Counter-terror police called in to investigate incidents at Muslim places of worship across city“, Independent, 21. März 2020, <<https://www.independent.co.uk/news/uk/crime/birmingham-mosque-attacks-terror-police-west-midlands-islamophobia-a8833036.html>> (abgerufen am 20. November 2020).

36 Der Schutz von Synagogen wird davon unabhängig aus Mitteln des Jewish Community Protective Security Grant finanziert, der vom Community Security Trust (CST) verwaltet wird.

37 „Places of worship scheme provides record levels of funding“, Gov.UK, 15. März 2020, <<https://www.gov.uk/government/news/places-of-worship-scheme-provides-record-levels-of-funding>> (abgerufen am 20. November 2020).

38 US-Außenministerium, „United Kingdom“, Report on International Religious Freedom, op. cit.

39 „Woman who 'strangled schoolgirl with her own hijab' let off with a caution“, Daily Mirror (online), 8. Dezember 2019 (aktualisiert am 13. Dezember 2019), <<https://www.mirror.co.uk/news/uk-news/woman-who-strangled-schoolgirl-hijab-21051945>> (abgerufen am 23. November 2020).

40 „Woman with dogs pushed Muslim family and shouted f*** off at a pedestrian crossing“, Tell Mama, 25. August 2020, <<https://tellmama.org/woman-with-dogs-pushed-muslim-family-and-shouted-f-off-at-a-pedestrian-crossing/>> (abgerufen am 23. November 2020).

41 „Man spat at Muslim woman in niqab in Tooting“, Tell Mama, 16. September 2020, <<https://tellmama.org/man-spat-at-muslim-woman-in-niqab-in-tooting/>> (abgerufen am 23. November 2020).

42 „Independent expert appointed to tackle Islamophobia“, Gov.UK, 23. Juli 2019, <www.gov.uk/government/news/independent-expert-appointed-to-tackle-islamophobia> (abgerufen am 20. November 2020).

43 „Conservatives suspend members over Islamophobia allegations“, BBC News (online), 13. November 2019, <<https://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-50398826>> (abgerufen am 23. November 2020).

44 Greg Heffer, „Conservative Party suspends fresh batch of members over Islamophobia claims“, Sky News (online), 2. März 2020, <<https://news.sky.com/story/conservative-party-suspends-fresh-batch-of-members-over-islamophobia-claims-11947895>> (abgerufen am 23. November 2020).

45 Damien Gayle, „Over half Muslim Labour members 'do not trust party to tackle Islamophobia'“, The Guardian (online), 14. November 2020, <<https://www.theguardian.com/uk-news/2020/nov/14/over-half-muslim-labour-members-do-not-trust-party-to-tackle-islamophobia>> (abgerufen am 23. November 2020).

46 „First Minister: Anti-Catholic discrimination 'a scourge on society'“, Shropshire Star, 2. Mai 2019, <<https://www.shropshirestar.com/news/uk-news/2019/05/02/first-minister-anti-catholic-discrimination-a-scurge-on-society/>> (abgerufen am 24. November 2020).

47 Luke Chillingsworth, „London church attacks: Satanic '666' symbols scratched into doors in series of attacks“, Daily Express (online), 21. Juni 2019, <<https://www.express.co.uk/news/uk/1143268/london-church-attacks-st-johns-church-stratford-st-matthews-west-ham-can-hall-road>> (abgerufen am 24. November 2020).

48 „'Occult' attacks on New Forest cattle and sheep“, BBC News (online), 22. November 2019, <<https://www.bbc.co.uk/news/uk-england-hampshire-50506094>> (abgerufen am 11. Dezember 2020).

49 Kelly Williams, „Rhyl priest attacked trying to defend church from vandals“, Daily Post, 12. Juni 2020 <<https://www.dailypost.co.uk/news/north-wales-news/rhyl-priest-attacked-trying-defend-18388171>> (abgerufen am 24. November 2020).

50 Siehe zum Beispiel, Donna Deeney, „Priest chased down Northern Ireland street by drunk“, Belfast Telegraph, 17. Mai 2019, <<https://www.belfasttelegraph.co.uk/news/northern-ireland/priest-chased-down-northern-ireland-street-by-drunk-38119694.html>>; David Powell, „Priest left 'terrified and shaking' after being punched and threatened in attack at church“, Daily Post, 17. November 2020, <<https://www.dailypost.co.uk/news/north-wales-news/priest-left-terrified-shaking-after-19296960>> (beide Quellen abgerufen am 25. November 2020).

51 „Attacks on places of worship happen every three days in Northern Ireland“, CARE, 27. August 2020, <<https://care.org.uk/news/2020/08/attacks-on-places-of-worship-happen-every-three-days-in-northern-ireland>> (abgerufen am 24. November 2020).

52 Victoria Ward, „School employee sacked after sharing petition about LGBT lessons says it was 'morally necessary' to speak out“, The Telegraph, 21. September 2020, <www.telegraph.co.uk/news/2020/09/21/school-employee-sacked-sharing-petition-lgbt-lessons-says-parents>; Nick Duffy, „School worker sacked after claiming LGBT+ 'indoctrination' is 'brainwashing our children'. Now, she's suing for discrimination“, Pink News, 21. September 2020, <<https://www.pinknews.co.uk/2020/09/21/kristie-higgs-farmers-school-anti-lgbt-christian-concern>> (beide Quellen abgerufen am 27. November 2020).

53 Simon Caldwell, „Lib Dems deselect Catholic as election candidate“, The Tablet, 19. November 2019, <<https://www.thetablet.co.uk/news/12218/lib-dems-deselect-catholic-as-election-candidate>> (abgerufen am 25. November 2020).

54 Bishop of Truro's Independent Review for the Foreign Secretary of FCO Support for Persecuted Christians: Final Report and Recommendations <<https://christianpersecutionreview.org.uk/report/>> (abgerufen am 25. November 2020).

55 Progress on the Bishop of Truro's independent review on persecution of Christians and freedom of religion or belief, House of Commons Research Briefing, 15. Oktober 2020, <<https://commonslibrary.parliament.uk/research-briefings/cdp-2020-0110/>> (abgerufen am 25. November 2020).

56 US-Außenministerium, „United Kingdom“, Report on International Religious Freedom, op. cit.

57 Tom Dare, „Hindu temple attack 'an attack on our values' claims mayor“, Birmingham Mail (online), 17. Juli 2019, <<https://www.birminghammail.co.uk/black-country/hindu-temple-attack-an-attack-16584689>> (abgerufen am 26. November 2020).

58 „Sikh taxi driver in Reading attacked by four passengers“, BBC News (online), 21. September 2020, <<https://www.bbc.co.uk/news/uk-england-berkshire-54147842>> (abgerufen am 26. November 2020).

59 „Pagan prisoners fuming over cell ban on candles and incense used to worship gods“, Daily Record, 5. Januar 2020, <<https://www.dailyrecord.co.uk/news/scottish-news/pagan-prisoners-fuming-over-cell-21219948>> (abgerufen am 26. November 2020).